DIE LINKE.

AUSGABE 02/2017

Spende erbeten!

SAALE-UNSTRUT-ELSTER-KURIER

Herausgeber: Kreisvorstand DIE LINKE.Burgenlandkreis

Sie finden:

Rechte Bedrohung	2
Anschlag auf Wahlkreisbüro Zeitz	3
Sofortinformation des Kreisvorstand	*4*
Wirtschaftsförderung	5
Politische Bildung	6
Reisebericht	*8*
Rechtliches	9
Abwasser-Urteil	*10*
Gemischtes	11
Termine	12

Impressum

Kreisvorstand
DIE LINKE. Burgenlandkreis,
Vors.Katja Bahlmann

Postfach 1565
06605 Naumburg

Tel: 03445/261233
Fax: 03445/261324

Im Netz unter:
www.dielinke-blk.de

Mail :

kv-blk@dielinke-lsa.de

Spendenkonto:

Bitte teiefonisch erfragen!

Alle namentlich gekennzeichneten Beiträge sind nicht immer Meinung der Redaktion. Redaktionsschluss ist der 20. eines jeweiligen Monats. Zuarbeiten sind bis zum 15. eines jeden Monats bei der Redaktion (Reinhard Weber) abzugeben.

V.i.S.d.P.:
Katja Bahlmann
Kreisvorsitzende

Es kämpft sich besser gemeinsam!

Ganz vorn weg will ich sagen: Ich freue mich sehr, nunmehr Direktkandidatin der LINKEN für den Wahlkreis 73 zu sein. Herzlichen Dank all denen, die mir damit einen Vertrauensvorschuss gegeben haben. Ich weiß das sehr zu schätzen. Und denen, die über dieses Ergebnis enttäuscht sind, möchte ich sagen: Ich kämpfe weiter darum, auch euer Vertrauen zu gewinnen, um gemeinsam einen guten politischen Faden zu spinnen, und zwar auch dann, wenn man nicht in allen Fragen gleicher Meinung ist. Es gibt sehr viel, was uns verbindet, und das muss jetzt ganz nach vorn. Uns steht ein harter Wahlkampf bevor, mit zugespitzten Auseinandersetzungen und nicht einfachen politischen Diskussionen. Frühling und im Sommer machen es hoffentlich ein bisschen leichter und schöner. Besser wird es aber vor allem gehen, wenn wir gemeinsam kämpfen, wenn wir uns aufeinander verlassen können und wir dabei Schritt für Schritt zuversichtlicher werden. Ich weiß, dass es dazu noch ein Stück des Weges braucht. Gern bin ich bereit, bevor es ganz richtig losgeht, mit all denen, die das möchten, ins Gespräch zu kommen, in den Ortsgruppen und in den Gremien. Zögert nicht, mich einzuladen oder anzusprechen.

Lasst uns dann aber gemeinsam an einem Strang ziehen. Ich habe Lust auf einen Wahlkampf mit originellen Ideen, Lust auf´s Ausprobieren und natürlich auf alles das, was sich bewährt hat. Immerhin ist es auch eine gute Gelegenheit, dass wir uns in dieser Zeit näher kennenlernen. Ich brauche eure „Schwarmintelligenz“, um mich reinzuknien, um Kontakte zu knüpfen, noch viel mehr Ecken im Burgenlandkreis kennenzulernen und noch mehr darüber zu erfahren, was den Leuten hier auf den Nägeln brennt. Ihr könnt auf mich zählen und ich möchte gern auf euch zählen.

Rechte Bedrohungen allgegenwärtig - erneute Steigerung auf hohem Niveau

Im Schnitt 2,5 Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte pro Tag verzeichnet das BKA in einer aktuellen Veröffentlichung. Die Mobilen Opferberatungsstellen weisen zudem seit Monaten auf die massive Zunahme rechter und rassistischer Gewalttaten und auch auf die fehlenden Ressourcen der Opferberatungsarbeit hin. Dazu erklärt die migrationspolitische Sprecherin Henriette Quade:

"Erst jüngst erklärten die mobilen Opferberatungsstellen: In den vergangenen zwei Jahren ist die Nachfrage der Beratungsstellen gegen Rechtsextremismus und insbesondere für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt stark gestiegen. Diese Nachfrage wurde mit allen Mitteln und Kräften versucht abzudecken. "Nun ist die Grenze der Belastbarkeit erreicht. Die große Anzahl von Betroffenen und Beratungssuchenden ist für viele Beratungsstellen ohne zusätzliche Ressourcen nicht mehr zu bewältigen."

Diese Befunde müssen alarmieren und sie müssen endlich Handeln der politisch Verantwortlichen nach sich ziehen. Doch leider erleben wir das Gegenteil: In Sachsen-Anhalt steht neben vielen anderen auch die Arbeit der mobilen Opferberatungen für Betroffene rechter Gewalt unter dem Haushaltsvorbehalt. Da der Haushalt nicht beschlossen ist und auch erst im März beschlossen werden soll, ist der sonst übliche vorzeitige Maßnahmebeginn nicht möglich, was für Träger de facto bedeutet: Sie müssen ihre Mitarbeiterinnen entlassen. DIE LINKE hat in der letzten Landtagssitzung versucht, ein Votum des Landtages für den Ausbau Präventions- und Beratungsarbeit gegen Rechts zu erzielen. Dazu fand sich leider keine Mehrheit.
Statt klar für demokratische Werte und Normen einzutreten und Rassismus und Hetze unmissverständlich zu decodieren und zurückzuweisen, wird die politische Debatte geprägt vom Nacherzählen rechter Narrative, von Verharmlosung rassistischer Mobilisierungen und von Ignoranz und Abstumpfung gegenüber rechten Terrorakten. Wer sich die Meldungen der letzten Tage allein in Sachsen-Anhalt anschaut, sieht schnell, dass die Bedrohung für diese Gesellschaft von Rechts ausgeht:

In Köthen wurde eine antirassistische Filmvorführung angegriffen, die Polizei stellte Personalien bekannter Neonazis fest, fand es jedoch nicht notwendig, die Veranstaltung in Folge des ersten Angriffe zu schützen. Die Täter griffen erneut an. In Magdeburg wurde am selben Wochenende offenbar ein schwerer Brandanschlag auf ein von einem Syrer betriebenes Sonnenstudio verübt. Ein Hakenkreuz und der Schriftzug 'Raus' wurden hinterlassen. Ermittlungen laufen natürlich in alle Richtungen, medial kommuniziert wird aber auch sofort die Möglichkeit des Versicherungsbetruges. Unlängst gründete sich ein Charter der Hell's Angels in der Altmark neu. Chef ist ein langjähriger Aktivist der neonazistischen Kameradschaftsszene. In Dessau sollen am Montagabend zwei Angriffe auf junge Syrer stattgefunden haben, bei denen laut Staatsanwaltschaft erst ein Betroffener auf der Straße attackiert wurde und anschließend ein Angriff auf die Wohnung, in die er flüchtete, erfolgte. Diese Aufzählung ließe sich unendlich fortsetzen und bildet doch nur die Ereignisse von 5 Tagen ab.

Wir erlebten jüngst den 5. Jahrestag der Selbstenttarnung des NSU, einer Terrorgruppe die über Jahre hinweg rassistisch morden könnte, ohne von Sicherheitsbehörden daran gehindert zu werden und ohne dass die Öffentlichkeit überhaupt von der Möglichkeit rassistischer Motive Kenntnis nahm. Gerade in Reflektion dessen ist die weitgehende Ignoranz gegenüber der Gegenwärtigkeit rechten Terrors (Verhalten und Vorgehen, das darauf abzielt, Bevölkerungsgruppen in Angst und Schrecken zu versetze und einzuschüchtern) ein fatales Signal. Fatal für die Frage, was eigentlich die politische Konsequenz aus dem nicht enden wollenden NSU- Skandal ist, alarmierend für den Zustand unserer Gesellschaft, verheerend für all jene, die mit diesem Terror gemeint sind und in höchstem Maße besorgniserregend mit Blick auf die zu erwartende Entwicklung rechter Gewalt in den kommenden Monaten und Jahren.
DIE LINKE wird sich dieser Entwicklung auch in Zukunft entgegenstellen und ist solidarisch mit allen Betroffenen rechter Gewalt und Abwertung."

Anschlag auf Büro der LINKEN in Zeitz - wir lassen uns nicht einschüchtern

In der Nacht auf Samstag, 14. Januar, gab es einen Anschlag auf das Büro des Fraktionsvorsitzenden und der innen- und migrationspolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion DIE LINKE in Zeitz. Eine Scheibe wurde eingeschlagen und eindeutig rechtsextreme Aufkleber hinterlassen. Die Polizei war sehr schnell vor Ort und hat die Spuren gesichert.

Henriette Quade dazu: "Es handelt sich ganz offensichtlich um einen von so vielen rechtsmotivierten Angriffen auf Büros der LINKEN. Sie sind Teil rechten Dominanzgebarens und des Versuches, ein Klima der Angst für alle Nichtrechten zu erzeugen. Wir sagen klar: dieser Einschüchterungsversuch wird keinen Erfolg haben. Wir wackeln weder in unserer inhaltlichen Positionierung gegen Rechts und in der Asylpolitik, noch werden wir Abstriche an unserer Präsenz in Zeitz oder anderswo machen."

Wie ernst nehmen wir uns selbst?

Liebe Genossinnen und Genossen,

berechtigterweise wurde ich von unserem Mitgliederverantwortlichen, Harald Uske, letzthin gefragt, wie ernst wir uns und unsere ehrenamtliche Arbeit nehmen. Ich ärgere mich darüber, dass es uns passiert ist, dass zwischen den Weihnachtsfeiertagen das Postfach des Kreisverbandes aufgrund mangelnder Absprachen zur Urlaubszeit nicht geleert wurde und bitte alle um Entschuldigung, deren Post deswegen vielleicht zurückgesandt wurde. Künftig wird Kay Franke, Kreisvorstandsmitglied aus Naumburg, regelmäßig, das Postfach noch vor Ablauf der Rücksendefrist der eingegangenen Briefe leeren. Auch weitere Naumburger haben sich angeboten zu helfen.

Zur organisatorischen und inhaltlichen Verbesserung unserer Parteiarbeit, insbesondere zur Vorbereitung unseres jetzt bereits laufenden Bundestagswahlkampfes ging Anfang Dezember allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes ein Brief zu. Er enthielt einen Rückantwortbogen, um dessen Ausfüllung und Rücksendung gebeten wurde.

Bisher liegen, trotz der Postfachpanne, 59 ausgefüllte Rückantwortbögen vor. Davon enthalten 41 Rückantwortbögen Beitragsänderungen und einmalige Spenden, teils mit erheblichen Beitragserhöhungen und mit nicht geringen Spendenbeträgen. Ein riesiger Dank dafür an alle, die damit gezeigt haben, dass sie unsere Anliegen als Partei sehr ernst nehmen. Weitere Rückantwortbögen befinden sich auf dem Weg über unsere BO-Vorsitzenden zu Harald. Mindestens bis zur nächsten Beratung der BO-Vorsitzenden sollten die restlichen ausgefüllten Rückantwortbögen bei uns vorliegen. Dazu bitten wir alle BO-Vorstände, sich einzusetzen und danken nochmals für Euer verständnisvolles Entgegenkommen.

Genossinnen und Genossen, die wir spätestens mit diesem Brief auf ihre Beitragssäumigkeit aufmerksam gemacht haben, fordern wir in diesem Zusammenhang auf, unbedingt die Beitragszahlung zu prüfen und bei Säumigkeit ihrer Mitgliederpflicht umgehend nachzukommen, denn wir haben eine lange Liste von Beitragssäumigen vom Landesverband erhalten und wollen euch dazu ein persönliches Gespräch anbieten. Erst wenn diese grundlegenden Pflichten erfüllt sind, wenn wir uns also selbst ernst nehmen, können wir erwarten, dass wir von Anderen, auch außerhalb unserer Partei- ernst genommen und geachtet (beachtet) werden!

Übrigens: Jeder sollte seinen Rückantwortbogen ausgefüllt zurückgeben! Schon allein das Leisten der persönlichen Unterschrift nach Überprüfung und/oder Korrektur der persönlichen Daten, nach Beantwortung der Fragen, nach erfolgter Meinungsäußerung zur Verbesserung unserer Arbeit etc. drückt aus, ob und wie die Leistung des Anderen gewürdigt wird, wie wir uns letztlich gegenseitig achten.

Solidarische Grüße

Katja Bahlmann (Vorsitzende des Kreisverbandes)

Sofortinformation an die Vorsitzenden der Basisorganisationen

Am 19. Januar 2017 fand in Zeitz eine planmäßige Kreisvorstandssitzung statt. Es waren 6 von 9 KV-Mitgliedern, sowie Gäste anwesend.

Die Protokollkontrolle ergab keine Beanstandungen. Die geplante Tagesordnung musste aufgrund der nur zeitlich begrenzten Teilnahme eines KV-Mitgliedes umgestellt werden, so dass gleich zu Beginn ein nichtöffentlicher Teil zum Thema Mitgliederangelegenheit beraten wurde. Es wurde über eine ganze Reihe beitragssäumiger Mitglieder diskutiert und beschlossen, mit diesen das persönliche Gespräch zu suchen, um dann eine Lösung für die Zahlungsrückstände zu finden.

Der LandessprecherInnen-Rat Linksjugend solid hatte einen Antrag zur Unterstützung von Jugendkandidaturen eingebracht. Dieser wurde vom KV beraten und einstimmig diese Unterstützung beschlossen.
Über den Sachstand Bundestagswahl 2017 wurde von Gunter Schneider berichtet. Es wurden auch hier Beschlüsse gefasst. Zum einen wurde ein finanzieller Rahmen für das Kreiswahlbüro für Anzeigen, Fahrtkosten usw. in Höhe von 1.500 Euro (max. 2.000 Euro) beschlossen. Weiterhin wurde der Beschluss gefasst, die Wahlzeitung flächendeckend in dem Teil des Wahlkreises zentral verteilen zu lassen, welcher den Burgenlandkreis umfasst. Die Kosten dafür wurden mit 4.000 Euro beziffert. Der Beschluss wurde mit 5 Fürstimmen und 1 Enthaltung gefasst. Außerdem wurde die Anregung aufgegriffen, eine zweckgebundene Spendenaktion für die Verteilung der Wahlzeitung im Burgenlandkreis durchzuführen. Dieser Beschluss wurde einstimmig gefasst.
Weiterhin wurde über die Vorbereitung des Neujahrsempfangs berichtet. Alle Einladungen sind ordnungsgemäß ausgesprochen und der KV wünscht sich rege Teilnahme. Zur Vorbereitung des Sommerfestes 2017 hat sich die BO Weißenfels bereit erklärt. So dass hier der einstimmige Beschluss gefasst wurde, das Sommerfest in Weißenfels zur organisieren und dieses gleichzeitig als Wahlkampfauftakt für unsere Partei zu sehen. Ein Konzept soll durch die gastgebende BO Weißenfels bis Februar erarbeitet werden. Das „Lesen wider das Vergessen“ in Naumburg ist in der Vorbereitung schon weit vorangeschritten. Ein Konzept lag dem Kreisvorstand vor und wurde diskutiert.

Es wurde weiterhin über einen Antrag von Harald Uske als Mitgliederverantwortlicher diskutiert, welcher eine Umbenennung der Bezeichnungen der einzelnen BOen vorsieht. Es wurde vereinbart, dass diese Vorlage zur nächsten BO-Vorsitzenden-Beratung ausgereicht wird und die Wünsche der BO-Vorsitzenden darin einbezogen werden sollen. Zum nächsten planmäßigen Kreisvorstand wird erneut darüber diskutiert.

Es wurde der nächste Kreisparteitag einberufen. Dieser findet am 8. April 2017 statt. Als Tagungsort wurde das Berghotel zum Edelacker in Freyburg vorgeschlagen, alternativ dazu das Bürgerhaus in Hohenmölsen. Der definitive Tagungsort wird den Delegierten in der Einladung mitgeteilt.

Die nächste planmäßige Kreisvorstandssitzung findet am 16.03.2017 statt. Dazu werden die BO-Vorsitzenden wieder mit eingeladen.

Katja Bahlmann (Vorsitzende KV BLK), 23.01.17

Fakt ist!: »Es ist ein Aufstand der Vernünftigen gefordert, der Anständigen«

Miteinander reden – oder nicht? Wieviel andere Meinung müssen wir aushalten? Und wie geht es weiter mit der Demokratie in Deutschland? Eva von Angern im mdr bei »Fakt ist!«

Gestern Abend war Eva von Angern, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und rechtspolitische Sprecherin der LINKEN im Magdeburger Landtag, in der Talkshow »Fakt ist!« zu Gast beim mdr. Neben ihr waren Prof. Hans Vorländer, Politikwissenschaftler an der TU Dresden, Liane Bednarz, Publizistin und Autorin des Buches »Wie wir uns jetzt wehren müssen«, Sven Schulze, Europaabgeordneter und Generalsekretär der CDU in Sachsen-Anhalt, sowie André Poggenburg, Landesvorsitzender der AfD in Sachsen-Anhalt, eingeladen.
Ein zentrales Thema bildete dabei auch die Dresdener Rede Björn Höckes von vergangener Woche. »Das wir darüber reden, finde ich enorm wichtig«, sagt Eva von Angern. »Darin liegt ja auch eine Chance, dass er das so offen gesagt hat. Das Entscheidende ist die politische Auseinandersetzung mit dem, was er gesagt hat. Ich finde, es war mehr als am guten Geschmack vorbei. Und es hat aus meiner Sicht sehr viele Tabus gebrochen, die wir uns hier in Deutschland auch hart erarbeitet haben, die ich auch gut und richtig finde.
Mit einem Holocaust-Leugner würde ich mich zum Beispiel auch nicht an einen Tisch setzen. Und das muss ich zum Glück auch nicht tun. Insofern ist es ein Signal, das hier heute von der AfD ausgegangen ist. Ein Signal, dass die Leute jetzt hoffentlich verstehen, mit wem sie es zu tun haben. […] Wer jetzt zur Bundestagswahl die AfD wählt, kann hinterher nicht mehr sagen, er wusste nicht, was er da gewählt hat.«

Weitere Verbesserung der Wirtschaftsförderung des Landes nötig

Zu der vom Wirtschaftsminister, Prof. Dr. Armin Willingmann, vorgestellten Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW-Richtlinie) erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der Fraktion Andreas Höppner:

"Nach den schlechten Erfahrungen mit der fehlgeleiteten Förderpolitik im Bereich der Wirtschaft in den letzten Jahren (Fricopan, Lieken) war die Novellierung der GRW-Förderrichtlinie dringend notwendig. Der nun vorgelegte Entwurf des neuen Wirtschaftsministers enthält vernünftige Ansätze, wiederholt aber an anderer Stelle alte Fehler.
Absolut zu begrüßen sind die strengeren Regeln bei Betriebsverlagerungen und die Senkung der Mindestinvestitionssumme. Beide Änderungen waren ausdrücklich Forderungen der LINKEN in den letzten Jahren. Allerdings fand unsere Forderung nach einer Ausweitung der Zweckbindungsfrist bedauerlicherweise keinen Einzug in die neue Richtlinie.
Kritischer dagegen bewerten wir die Möglichkeit, Förderung trotz Leiharbeit zu erhalten. Ein vollständiger Ausschluss von der Förderung soll es erst bei einem 20-prozentigem Anteil Leiharbeiter geben, zusätzlich werden noch saisonale Ausnahmen zugelassen. Die Situation am Arbeitsmarkt im Jahre 2017 hätte eine viel strengere Regel ermöglicht und lässt sie sinnvoll erscheinen.
Ausdrücklich negativ bewerten wir, dass mit den neuen Förderrichtlinien die Tariftreue und die Höhe der Lohnsummen insgesamt faktisch keine Rolle mehr bei der Höhe der Fördersummen spielen wird. Andere Kriterien haben eine viel zu hohe Bedeutung im Verhältnis zu dieser Kernforderung für „Gute Arbeit“ und können diese ersetzen.
Darüber hinaus bewerten wir die Öffnung der Wirtschaftsförderung für den Versand- und Onlinehandel kritisch. Zwar ist uns klar, dass sich Sachsen-Anhalt mit anderen Bundesländern im Wettbewerb befindet, trotzdem geht diese Förderung letztlich zu Lasten des Einzelhandels, der nicht in den Genuss einer Förderung kommt. Letztlich wird dadurch der Einzelhandel durch staatliche Förderung zusätzlich unter Druck gesetzt und ein Prozess unterstützt, bei dem am Ende mehr Arbeitsplätze abgebaut als gewonnen werden.
Die Fraktion DIE LINKE wird zusammen mit Gewerkschaften auf eine weitere Verbesserung der Wirtschaftsförderung des Landes Sachsen-Anhalt im Interesse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aktiv werden."

Assistierter Einstieg in Arbeitsmarkt muss freiwillig und sanktionslos sein

Zu den Vorschlägen der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt der Bundesagentur für Arbeit für ein Förderprogramm zur assistierten Unterstützung von Langzeitarbeitslosen erklärt die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Doreen Hildebrandt:

"Der Chef der Arbeitsagenturen in Sachsen-Anhalt, Kay Senius, wies in der gestrigen Pressekonferenz zu Recht auf den gleichbleibend hohen Sockel an Langzeitarbeitslosen hin. DIE LINKE kritisiert seit Langem, dass Menschen sozial abgehängt sind, die länger ohne Arbeitsverhältnis sind. Wir setzen uns daher seit Jahren für eine Gemeinwohlarbeit ein, die sozialversicherungspflichtig und freiwillig sein muss. Die neue Idee der Arbeitsagentur, langzeitarbeitslosen Menschen Assistenzen zum Wiedereinstieg in den 1. Arbeitsmarkt anzubieten und zur Seite zu stellen, begrüßen wir.

Ein solches Programm ist jedoch nur unter der Maßgabe sinnvoll, dass der Einstieg in eine assistierte Arbeit für langzeitarbeitslose Menschen freiwillig ist und auch bei einem Scheitern sanktionslos bleibt.

Die Jobcenter müssen im Vorfeld eine Analyse vorlegen, wie viele Menschen für so ein Assistenzprogramm in Frage kommen. Wir haben auf dem Arbeitsmarkt bereits zu viele Schnellschüsse erlebt, bei denen Programme für bestimmte Zielgruppen uneffektiv verliefen. Aufgrund der Kategorisierung von Arbeitslosen nach Förderbedarf sollte so eine quantitative Bedarfserhebung unproblematisch möglich sein.

DIE LINKE fordert die Landesregierung auf, mit der Agentur für Arbeit weitere Gespräche über ein solches Förderprogramm zu führen und an einer Umsetzung, vor allem auch mit Hilfe der EU-Strukturfondsmittel zügig zu arbeiten."

Denkanstöße zur Umgestaltung einer aus den Fugen geratenen Welt

Politische Bildung, Teil 41b

Von Winfried Steffen

Der mit diesen Atombombenabwürfen bewirkte Effekt war ein viel weitreichender. Die Menschheit wurde unwiderruflich ins Atomzeitalter gedrängt. Die USA eröffneten den Kalten Krieg gegen die UdSSR, die alles daransetzen musste, um darauf zu reagieren, um das amerikanische Atommonopol zu überwinden. Die historische Hauptverantwortung für die Spaltung der Welt in zwei entgegengesetzte Militärblöcke und das jahrzehntelange Wettrüsten tragen die Regierungen und militärischen Spitzen der USA. Mehrmals geriet die Menschheit an den Rand des atomaren Infernos. Längst sind inzwischen Kernwaffenbestände in einem Volumen aufgehäuft, mit denen alles Leben auf der Erde und der Planet selbst ausgelöscht werden können. Das Gros der atomaren Sprengköpfe und der modernen Trägermittel befinden sich in der Verfügungsgewalt der USA und in der Russlands in Nachfolge der UdSSR. Doch gibt es gegenwärtig noch weitere Atommächte: Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Pakistan, Israel, Nordkorea.

Dass außer den beiden Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki keine weiteren Abwürfe folgten, ist drei Umständen zu verdanken: 1. In den 50er und 60er Jahren entwickelte sich weltweit eine breite Bewegung der Völker, die Weltfriedensbewegung, die dem Stockholmer Appell von März 1950 - von 500 ´Millionen Menschen unterschrieben - folgte, der die Ächtung der Atomwaffen forderte. 2. Die UdSSR überwand rechtzeitig das Atombombenmonopol der USA. Es kam zum militärstrategischen Gleichgewicht zwischen NATO und Warschauer-Vertrags-Organisation, zum Gleichgewicht des Schreckens. 3. Im jetzigen Atomzeitalter zieht der Einsatz von Atomwaffen die thermonukleare Katastrophe der Vernichtung der menschlichen Zivilisation nach sich.

Als die Nutzung der Atomenergie für militärische Zwecke und auch für die Energiegewinnung begann, spielten Langzeitwirkungen noch keine Rolle. Die Atomstrombefürworter - es existieren gegenwärtig rund 450 Atomkraftwerke (AKW); Tendenz immer noch steigend - halten diesen Weg für notwendig für die umweltfreundlichste Energiegewinnung. Der Super-GAU von Tschernobyl hat schlagartig die Gefahren offenbart. Es geht u.a. auch um den atomaren Endmüll, der untrennbar mit der Erzeugung des Atomstroms verbunden ist. Dieser strahlt noch in mehr als 100.000 Jahren. Ungelöst ist auch in Deutschland dessen Verbringung in ein sicheres Endlager. In La Hague (Frankreich) und in Sellafield (Großbritannien) arbeiten Wiederaufbereitungsanlagen mit rund 7.500 Tonnen abgebrannter Brennstäbe und weiteren 80 Tonnen Plutonium. Diese Anlagen werden seit dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 ständig von Militär geschützt vor möglichen terroristischem Anschlägen. Solche Gefahren bestehen auch an anderen Standorten von Kernkraftwerken. Fukushima steht mahnend für die Gefährdung auch durch Naturkatastrophen.

Die Menschheitsgeschichte umfasst mehrere tausend Jahre. In deren Verlauf hat eine frühere noch sehr begrenzte Anzahl von Menschen, dann allmählich zunehmend, die vorgefundene Natur für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse genutzt. Es hat sich allmählich vollzogen, was auch Eingang fand in die Schöpfungsgeschichte der Bibel. Dort heißt es im 1. Buch Mose, 1,27 und 28: „Und Gott schuf den Menschen zu seinem Bilde...und schuf ihn als Mann und Weib. Und Gott segnete sie uns sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und mehret Euch und füllet die Erde und macht sie euch untertan und herrschet…“ Selten fanden mögliche Langzeitwirkungen sonderliche Beachtung; es zählten nur die jeweiligen aktuellen Zielsetzungen. Die Masseneinwanderung in Amerika führte zur Abholzung vieler Waldgebiete mit klimatischen Auswirkungen. In der Gegenwart setzt sich diese Herangehensweise mit anhaltender Abholzung des Regenwaldes fort. Mit dem Beginn und der Ausprägung der modernen Industrie setzten die geradezu ungehemmte Ausbeutung der Ressourcen der Erde und eine eng damit verbundene Umweltbelastung - mit verheerenden Auswirkungen auf Flora und Fauna - ein. Verschärft wurde dieser gefährliche Prozess noch durch die verheerenden Kriege, insbesondere die beiden Weltkriege, sowie durch das Wettrüsten. Letzteres war und ist besonders ressourcenaufwendig. Man denke auch an die Entlaubung der Wälder im Krieg der USA gegen Vietnam.

Eingangs des 21. Jahrhunderts ist die Menschheit auf über sieben Milliarden Erdbewohner angewachsen; 2030 werden es mehr als neun Milliarden sein. Die derzeitige kapitalistische Wirtschaftsweise mit der Jagd nach weiterem ökonomischem Wachstum in Verbindung mit dem Konzept des Neoliberalismus, der die Rendite zum Maß aller Dinge macht, beeinflusst grundlegend

die Bedingungen der Fortexistenz der Menschheit. Kohleförderung belastet extrem die Umwelt. Noch werden mehr Vorkommen an Erdöl und Erdgas entdeckt als abgebaut, doch der weitere Abbau wird technisch immer aufwendiger und belastender für die Umwelt. Unverzichtbar wird die Energieerzeugung für eine weiter wachsende Menschheit auf der Basis neuer Anlagen zur Nutzung nachwachsender Rohstoffe, von Wind– und Solarenergie. Der schnellstmögliche Verzicht auf Strom aus Atomkraftwerken nimmt einen lebenswichtigen Rang ein.

Im Universum gibt es nichts Feststehendes oder ein für alle Mal Fertiges. In diesem Rahmen existiert und verändert sich unser heimatlicher Planet laufend. Man denke nur an die Erdbeben und Vulkanausbrüche. Demzufolge vollzieht sich über gewisse Zeiträume Klimawandel. Das ist ein natürlicher, objektiver Prozess. Dieser Klimawandel wirkt - wenn auch nicht genau separat messbar - durch das Einwirken des Menschen auf die Natur seit dem Beginn des industriellen Zeitalters. Der Klimawandel kulminiert in weltweitem Temperaturanstieg. Erste Folgen sind bereits unverkennbar und werden sichtbar in der Pflanzen– und Tierwelt. Durch das Abtauen an den polaren Eiskappen sind bereits einige bewohnte Inseln durch den gestiegenen Meeresspiegel gefährdet. Nach 2050 werden große Landflächen überflutet werden. Das könnte nach den derzeitigen Vorausberechnungen 50 bis 60 Millionen Menschen betreffen. Diese müssten dann woanders angesiedelt werden. Durch schon eingetretenen Temperaturanstieg werden Wüstenflächen größer. Es verschärft sich der Kampf um die lebenswichtige Ressource Wasser - überaus umweltbelastend wirkt sich zunehmend die Art und Weise der Agrarproduktion aus. Monokulturen auf Riesenflächen, industrielle Massentierhaltung, sehr intensive Düngung mit Gülle und Mineraldünger gefährden die künftige Vegetation, die Tierwelt sowie die Qualität des Grundwassers.

Ein Riesenproblem der heutigen Welt besteht in der Schere zwischen modernem, hoch entwickelten Norden und zurückgebliebenem Süden, der sogenannte Nord-Süd-Konflikt.

Das 20. Jahrhundert war das Jahrhundert der Weltkriege: Erster Weltkrieg, Zweiter Weltkrieg, vierzigjähriger Kalter Krieg. Mit dem 1945 geschehenen Eintritt der Menschheit in das Atomzeitalter scheiden Weltkriege und ähnliche große Kriege aus dem Spektrum des Möglichen für die Fortexistenz der Zivilisation aus. Kriegsführung setzt sich in anderen Formen fort.

Nach dem Ende des Kalten Krieges entfaltete sich die Globalisierung, weltweite Verflechtungen und Abhängigkeiten, insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet. In engem Zusammenhang damit vollzog und vollzieht sich die stürmische Entwicklung der modernen Informationstechnik (IT). Die Welt ist gewissermaßen kleiner geworden, ist zusammengerückt. Heutzutage kann zeitgleich miterlebt werden, was auf einem fernen Kontinent, am anderen Ende der Welt passiert. Eigentlich wäre das eine solide Grundlage für allgemeine Verständigung in einer friedlichen Welt. Doch dem ist leider nicht so.

Das moderne Medium etwa in Gestalt von Facebook und Twitter hat neben der idealen Möglichkeit, sich stets aktuell zu informieren und Gesprächspartner jederzeit kontaktieren zu können, die Kehrseite, jederzeit beliebige Informationen - ob real oder verfälscht und gelogen - unter die Leute zu bringen. Da die moderne Informationstechnik durch private ausländische Großunternehmen betrieben wird, hat sich ein breiter rechtsfreier Raum aufgetan. Eine neue Qualität von Kriminalität hat sich breit gemacht, ein kaum kontrollierbarer Raum für Fehlinformationen, für Betrügereien in vielen Varianten, für die Verbreitung von Hass, Beleidigungen und Hetze, für Erpressung bis hin zu Morddrohungen. Die IT wird missbraucht als Platz für die Formierung gesellschaftsfeindlicher, verfassungswidriger Gruppierungen rassistischen, islamfeindlichen, rechtspopulistischen und neonazistischen Charakters, für organisierte Kriminalität verschiedenster Art. Das Internet kann als wertvolles Forum dienen, jedoch auch zur Organisierung von mehr oder weniger großen Zusammenkünften. Die größten dieser Art sind wohl die meist montags stattfindenden Demonstrationen der Pegida in Dresden. Manche fremdenfeindliche Zusammenrottung und terroristische Aktion wird per Internet vorbereitet.

Einerseits fördert die Nutzung der IT - sie beginnt bereits im Kindesalter - die Kommunikation zwischen Menschen, andererseits sind damit auch negative Folgen verbunden. Vielfach tritt das Beschäftigen am Computer an die Stelle echter menschlicher Kontakte, bringt Vereinzelung und Vereinsamung nicht weniger Menschen mit sich und wirkt suchtgefährdend. Per Handy ist mancher Arbeitnehmer buchstäblich jederzeit erreichbar und potenziell belastbar auf Kosten seiner Gesundheit.

Eisleben und Luther - ein Resebericht

Von Iris Korwie

In diesem Jahr begehen wir als Höhepunkt der Lutherdekade das Jubiläum des Thesenanschlages an der Stadtkirche in Wittenberg vor 500 Jahren. Jedes Jahr, der 2008 begonnenen Dekade, stand unter einem besonderen Motto in Sachen Reformation, Reformatoren und die Auswirkungen bis in unsere heutige Zeit. Orte in Sachsen Anhalt, die unmittelbar mit dem Wirken Martin Luthers verbunden sind, haben sich auf dieses Ereignis gut vorbereitet. Es werden Gäste aus Nah und Fern erwartet.

Wir haben zu Beginn der Stadt Eisleben einen Besuch abgestattet. Dort begann und endete das Leben Martin Luthers. Der Weg nach Eisleben ist gut ausgeschildert. Parkplätze sind genügend rund um die Altstadt zu finden. Man kann auch mit Bus und Bahn die Lutherstadt erreichen. Bei der Stadtinformation gibt es Literatur, Tipps und Souvenirs zum Thema Luther.

Gegenüber befindet sich das Geburtshaus von Martin Luther. Es ist ein schönes altes Haus mit neuem Anbau. Darin wurde am 10. November 1483 Martin Luther geboren. Es gehört heute zum UNESCO-Kulturerbe und gibt einen umfassenden Einblick in das Leben des Reformators. Luthers Eltern zogen kurz nach seiner Geburt nach Mansfeld, wo der Vater im Hüttenwesen tätig war.

Unweit des Geburtshauses steht die Taufkirche Luthers St. Petri-Pauli. Diese wurde zum Jubiläum renoviert und ist hell, freundlich und barrierefrei. Eine Besonderheit ist das ebenerdige große Taufbecken mitten in der Kirche. Es ist ständig mit wohltemperiertem Wasser gefüllt.

Von der Taufkirche aus führt ein kurzer Weg durch die Altstadt zum Marktplatz mit dem Lutherdenkmal. Am Rathaus vorbei geht es zur St. Andreas Kirche. In dieser Kirche hatte Luther seine letzte Predigt gehalten, als er nach Eisleben gerufen wurde, um einen Streit der Mansfelder Grafen zu schlichten. Kurz darauf starb Martin Luther im Haus gegenüber am 18. Februar 1546. Sein Leichnam wurde in der Andreas-Kirche aufgebahrt. Das eigentliche Haus, in dem Martin Luther starb, gibt es nicht mehr. In einem Nachbargebäude wurde ein Museum als Sterbehaus eingerichtet. Es hat jetzt einen modernen Anbau und zeigt eine Ausstellung mit dem Titel „Luthers letzter Weg“. Diese erzählt von seinem Verhältnis zum Tod und Sterben. Multimedial wird die Ausstellung sehr beeindruckend unterstützt. Etwas Besonderes, sind die nachgestalteten Räume in der oberen Etage. Sie stellen authentisch das Sterbezimmer und die Schlafkammer dar. Dort befindet sich auch das originale Bahrtuch, welches Luthers Sarg bedeckte. Da wir jetzt den Anfang und das Ende Luthers kennen gelernt haben, wollen wir noch andere Orte seines Lebens besuchen.

Aufbewahrungsfristen für private Schreiben und Dokumente

Von Reinhard Weber

Im Verlaufe der Zeit sammeln sich in den Haushalten viele Schreiben und Dokumente an. Dann stellt sich irgendwann die Frage, wie lange müssen diese Belege aufgehoben werden? Für Privatpersonen gibt es kaum gesetzliche Aufbewahrungsfristen für Unterlagen. Aber natürlich ein persönliches Interesse, wenn zum Beispiel Reklamationen geltend gemacht werden sollen.

Wie sieht es aus mit Steuerbescheiden vom Finanzamt? Auch hier gibt es keine gesetzliche Aufbewahrungsfrist. Allerdings können Steuerbescheide vier Jahre rückwirkend geändert werden, da ist es schon gut, wenn man die ursprünglichen Bescheide noch hat. Die Grundlage für staatliche Zuschüsse oder Beiträge können immer Festsetzungen vom Finanzamt, also Steuerbescheide, sein. Unterhaltszahlungen beruhen auch auf festgestelltem Einkommen durch die Finanzämter.

Zur Absicherung von Garantieansprüchen oder Gewährleistungen sind immer Kaufbelege und Kaufverträge wichtig. Diese Dokumente sollte man wenigstens bis zum Ende der gesetzlichen Garantiefrist aufbewahren, in der Regel zwei Jahre. Rechnungen bzw. Quittungen dienen als Nachweis für den Erwerb von Gegenständen. Bei Verlust von liebgewonnenen Dingen können Belege helfen, Schadenersatz gegenüber Versicherungen geltend zu machen.

Handwerkerrechnungen sollten zwei Jahre aufbewahrt werden. Nicht nur wegen Garantieansprüchen oder Gewährleistungen, sondern auch als Nachweis, dass die erbrachte Leistung keine Schwarzarbeit war. Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahrs, indem die Rechnung erstellt wurde und dauert zwei Jahre. Bei baulichen Maßnahmen läuft die Gewährleistungsfrist fünf Jahre. Deshalb sollten die Rechnungen auch fünf Jahre aufbewahrt werden.

Wie sieht es bei Kontoauszügen aus? Hier ist es ratsam, diese mindestens drei Jahre aufzubewahren, das ist die Verjährungsfrist bei Kaufpreiszahlungen. Es empfiehlt sich, Kontoauszüge, die Zahlungen von laufenden Verträgen dokumentieren, über die gesamte Laufzeit der Verträge aufzuheben.

Nicht mehr benötigte Unterlagen, sollten nicht einfach im Altpapier landen. Dokumente mit vertraulichen Angaben gehören in den Aktenvernichter oder müssten mindestens unkenntlich zerrissen werden.

Quelle: ND Ratgeber, Nr. 1290, vom 18. Januar 2017, S. 8

Ein Leben lang	• Standesamtliche Urkunden (z.B. Geburts- oder Heiratsurkunden, Sterbeurkunden von Angehörigen) • Schul- und Hochschulzeugnisse, Berufsabschlüsse • Ärztliche Gutachten • Belege über Wohneigentum
Mindestens bis zur Rente	Unterlagen, die den beruflichen Werdegang dokumentieren (z.B. Arbeitsverträge, Kündigungen, Gehaltsabrechnungen, Sozialversicherungsnachweise)
Für die gesamte Laufzeit	• Versicherungsunterlagen für jegliche Policen • Unterlagen zu Finanz- und Vorsorgeprodukten (z.B. Tagesgeld, Lebensversicherung oder Sparplan)
Für die gesamte Gebrauchsdauer	Nachweise für die Hausratversicherung (z.B. Belege über Möbel, Elektronik oder Schmuck)
30 Jahre	Gerichtsurteile, Mahnbescheide, Kreditunterlagen
4 Jahre	Kontoauszüge oder Überweisungen (Bankunterlagen)
3 Jahre	Alte Mietverträge, Übergabeprotokolle, Kautionsquittungen
2 Jahre	• Kassenbelege (Garantiezeit in der Regel zwei Jahre) • Handwerkerrechnungen

Normenkontrollantrag zurückgewiesen – weiterhin Einsatz für Novelle des Kommunalabgabengesetzes

Zum Urteil des Landesverfassungsgerichts zum Paragraph 18, Absatz 2 des Kommunalabgabengesetzes, ergo in der strittigen Frage nachträglich erhobener Abwasseranschlussgebühren in Sachsen-Anhalt erklärt der Fraktionsvorsitzende, Swen Knöchel: Das Landesverfassungsgericht hat das KAG-Änderungsgesetz vom Dezember 2014 und somit die Verfassungsmäßigkeit nachträglich erhobener Abwasseranschlussgebühren in Sachsen-Anhalt bestätigt. Wir haben keine Zweifel daran, dass das Gericht eine juristisch sorgfältig abgewogene Entscheidung getroffen hat.

Juristisch bestätigt bleibt das KAG-Änderungsgesetz dennoch ein politisches und moralisches Problem. Die Lasten für Defizite in der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung werden allein auf den Schultern der Bürgerinnen und Bürger abgeladen. Insgesamt 85.000 Bescheide mit einem Gesamtvolumen erhobener Beitragsforderungen von ca. 123,5 Millionen Euro wurden in den vergangenen Monaten durch die Abwasserzweckverbände verschickt. Für die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE als Einreicher der Normenkontrollklage zum KAG-Änderungsgesetz ist nach dem Urteil des Landesverfassungsgerichtes ein weiterer Rechtsweg ausgeschlossen. Gleichwohl bleibt abzuwarten, wie das Bundesverfassungsgericht zu eventuellen Einzel- und Musterklagen aus Sachsen-Anhalt urteilt. Wir werden weiterhin an der Seite derer stehen, die den Weg solcher Einzel- und Musterklagen gehen werden.
Unabhängig vom heutigen Urteil des Landesverfassungsgerichtes wird sich die Fraktion DIE LINKE für eine Novelle des KAG und damit zusammenhängender Rechtsbereiche stark machen. Insbesondere ist dafür Sorge zu tragen, dass in der kommunalen Praxis dem verfassungsrechtlichen Gebot der Belastungsklarheit und -vorhersehbarkeit umfassend Rechnung getragen wird.

Wir danken den Bürgerinitiativen, Vereinen und engagierten Fachleuten für die bisherige Zusammenarbeit. Ihre Hinweise und Unterstützung haben dazu beigetragen, bestehende Probleme in ihrem Umfang und Ausmaß zu erkennen und gemeinsam nach Lösungsansätzen zu suchen.

Heute: Bedingungsloses Grundeinkommen

Deutschland bezeichnet sich als Sozialstaat. Nur sehen die Schwächeren der Gesellschaft nur sehr wenig davon. Ich spreche von Familien, die trotz Arbeit und Daumenschrauben anziehen oftmals nicht ausreichend übrig haben, um sich etwas zu gönnen. Der deutsche Informatiker und Aphoristiker Jürgen Seifert hat einmal den Spruch geprägt, „ich arbeite, um leben zu können und lebe nicht, um zu arbeiten“. In vielen Familien hat sich dieses Verhältnis umgekehrt, denn zum Leben ist meist nicht ausreichend vorhanden.

Seit Jahren wird, nicht nur in Deutschland, über das bedingungslose Grundeinkommen diskutiert. Im Grunde eine feine Sache. Jedem Bürger Deutschlands würde ein Grundeinkommen zur Verfügung gestellt; unabhängig davon, ob ich Putzfrau oder Manager bin. Diese feste Summe steht jedem zu – auch denen, die nicht arbeiten gehen.
Die Grundidee des bedingungslosen Grundeinkommens ist, dass einem jeden Bürger die Möglichkeit gegeben werden soll, seine Existenz zu sichern. Ziel soll sein, dass jeder Bürger am sozialen Leben teilhaben kann. Die Modelle sprechen häufig von einem Betrag von 800 – 1.000 € monatlich. Von dieser Basis ausgehend kann jeder Bürger selber entscheiden, ob er lieber zu Hause blieben möchte, oder weiterhin arbeiten gehen will.

Bei der Frage zur Finanzierbarkeit gibt es verschiedene Ansätze. Zum einen wird davon gesprochen, dass die Mehrwertsteuer in Folge dessen angehoben werden muss und einige Sozialleistungen gestrichen werden müssen. Der andere Ansatz ist ein Modell, welches mit persönlich besser gefällt: eine einheitliche Mehrwertsteuer, die mit dem bedingungslosen Grundeinkommen verrechnet wird. Ein Geringverdiener würde so ein zusätzliches Einkommen erhalten, Spitzenverdiener zahlen dafür ein bisschen drauf.

Euer Lars

Nato verlegt Bundeswehrtruppen nach Litauen

Im Rahmen der massiven Aufrüstungsinitiative der Nato wird der erste Bundeswehrverband ins osteuropäische Litauen verlegt. Dazu die Vorsitzende der Partei DIE LINKE, Katja Kipping:

Es ist höchste Zeit für eine neue zivile europäische Entspannungspolitik. Die Nato setzt weiter aggressiv auf Abschreckung und provoziert damit eine Eskalation mit Russland. Dass Nato-Kriegsgerät in Osteuropa stationiert wird, verstößt gegen das Nato-Russland-Abkommen. Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Drehkreuz für die internationale Kriegsmaschinerie. Statt auf Panzer im Osten und Waffenexporte weltweit zu setzen, braucht unser Land eine Debatte über eine neue europäische Friedensordnung, die nicht ohne bessere deutsch-russische Beziehungen zu haben seit wird.

Ein Cordon sanitaire seitens der NATO um Russland sollte nicht Politik der Bundesregierung sein. Die Stationierung von Bundeswehr-Verbänden an der Westgrenze Russlands, ob zeitweilig oder dauerhaft, vertieft den Graben zwischen Russland und Deutschland. Der feindselige Ton in Medien und in der Politik sollte zugunsten einer Wiederannäherung, einer Entspannung der Beziehungen weichen. Eine zeitgemäße Friedensbewegung sollte sich nicht nur für weltweite Demokratie- und Freiheitsrechte einsetzen, sondern auch für faire Welthandelsbeziehungen streiten. Denn nur dort, wo eine gesellschaftliche Entwicklungszukunft besteht, ist ein wirklicher Frieden erst möglich. Nur eine solche Perspektive kann längerfristig eine tatsächliche Sicherheit für alle und nicht nur wenige, für Reiche und Privilegierte schaffen.

Tafeln erinnern wieder an Opfer

Von Harald Uske

Im Sommer 2014 wurden von dreisten Buntmetalldieben die drei Gedenktafeln für die Naumburger Opfer von Gewaltherrschaft und Terror, den Toten von 1920 und 1933 bis 1945, am Naumburger Stadtpark abgesägt. Damit wurde unserer so geschichtsträchtigen Stadt das "Gedächtnis" an die dunkle Seite unserer Geschichte gestohlen.

Dank der Initiative der Naumburger Ortsgruppe der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten, der Naumburger Linken sowie einer bekräftigenden 500-€-Spende ihrer Stadträte und weiterer Initiativen von Stadträten, Bürgerinnen und Bürgern wurde durch den Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung veranlasst, dass sich nun zum Jahresende 2016 neue Gedenktafeln (nicht aus Buntmetall) am alten Platz befinden.

Ich möchte allen Beteiligten dafür herzlich danken. Mögen diese Tafeln nun wieder alle Naumburgerinnen und Naumburger bei Kranzniederlegungen am 27. Januar jeden Jahres, zum Volkstrauertag und einfach beim Vorbeigehen - dabei vielleicht die eigenen Kinder und Enkel darauf aufmerksam machend - daran gemahnen, dass es höchst aktuell und lebenswichtig ist, sich gegen Gewalt und Terror, gegen Hass und Angstmacherei und für Mitmenschlichkeit und Gewaltlosigkeit zu positionieren.

Für eine solidarische Gesellschaft! Für einen Bundespräsidenten mit sozialer Agenda!

Appell an die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder der Bundesversammlung

Am 12. Februar 2017 wählt die Bundesversammlung einen neuen Bundespräsidenten. Eine ganz große Koalition hat sich im Hinterzimmer auf den derzeitigen Bundesaußenminister F.W. Steinmeier verständigt. Dies in einer Situation, in der die gesellschaftliche Spaltung weltweit, aber auch in Deutschland ebenso zunimmt wie der Rechtspopulismus stärker wird. F.W. Steinmeier gehörte zu den Architekten der Agenda 2010. Die Agenda 2010 hat die soziale Spaltung in der Bundesrepublik Deutschland massiv befördert und die Gewerkschaften erheblich geschwächt. Mit der Fortführung der Agenda-2010-Politik droht Schaden für die gesellschaftliche Entwicklung und die Form seiner Nominierung steigert unsere Sorge um die politische Demokratie. Wir, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, teils in unterschiedlichen Parteien organisiert, teils parteilos, appellieren an die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder der Bundesversammlung: **Wir brauchen eine Alternative zur Agenda 2010-Politik! Unterstützt Prof. Dr. Christoph Butterwegge! Der renommierte parteilose Armutsforscher steht profiliert und glaubwürdig für den Ausbau des Sozialstaats, gegen soziale Spaltung und Rassismus und für die Stärkung der Gewerkschaften!**

Termine:

DIE LINKE.

Tag	Datum	Beschreibung	Uhrzeit	Ort
Mi	01.02.	Sonder-Kreisvorstandssitzung	18.00 Uhr	Weißenfels, Töpferdamm 6
Do	02.02.	Neujahrsempfang DIE LINKE. KV-Burgenlandkreis	17.00 Uhr	Naumburg, Alte Schmiede
Do	09.02.	Regionalkonferenz Merseburg, Regionalgeschäftsstelle	10.00 Uhr	Merseburg, Burgstraße 5
Mo	13.02.	BO-Versammlung Droyßig	16.00 Uhr	Droyßig, Seniorenresidenz
Di	14.02.	Sozialsprechstunde Zeitz Büro R. Claus, MdB	10.00 Uhr	Zeitz, Neumarkt 12
Di	14.02.	Vorstandssitzung BO-Naumburg	19.00 Uhr	Naumburg, Salzstraße 38
Di	14.02.	Stammtisch DIE LINKE. Naumburg	20.00 Uhr	Naumburg, Klimkes Kneipe
Do	16.02.	BO-Vorsitzenden-Beratung Zeitz	16.00 Uhr	Zeitz, Neumarkt 12
Do	16.02.	Kreiswahlkampfbüro Beratung	17.30 Uhr	Zeitz, Neumarkt 12
Sa	18.02.	1. Tagung des 6. Landesparteitages	10.00 Uhr	Wittenberg, Stadthaus
Sa	18.02.	LandesvertreterInnen-Versammlung Listenaufstellung	14.00 Uhr	Wittenberg, Stadthaus
Mi	22.02.	Kreistagsfraktionssitzung	16.30 Uhr	Weißenfels, Töpferdamm 6
Do	23.02.	„Abwasserentsorgung fair und bezahlbar“ - Veranstaltung des KV-BLK zur politischen Bildung	18.00 Uhr	Zeitz, Neumarkt 12
Di	28.02.	Fraktionssitzung DIE LINKE Stadtrat Weißenfels	17.00 Uhr	Weißenfels, Töpferdamm 6
Di	28.02.	Vorstandssitzung BO-Naumburg	19.00 Uhr	Naumburg, Salzstraße 38

VORSCHAU

Fr	10.03.	Aufstehen gegen Rassismus—Aktivenkonferenz		Köln, Düsseldorf, Essen
Di	14.03.	Vorstandssitzung BO Naumburg	19.00 Uhr	Naumburg, Salzstraße 38
Di	14.03.	Stammtisch DIE LINKE.	20.00 Uhr	Naumburg Klimkes Kneipe

Krieg ist doch schon ein Verbrechen!

Warum, zu “Kriegsverbrechen” etwas sammeln, ein Krieg ist bereits ein Verbrechen. In einen Verbrechen kann man kein zweites Verbrechen begehen, denn man begeht ja gerade eines, das bestraft werden muss. Wann bestraft man nun endlich die Verantwortlichen für einen Krieg? Das wäre der richtige Beschluss der UNO! Denn, die einen Krieg ausführen, sind nur dafür gekaufte Söldner.

Dieter Grosch Naumburg

(Leserbrief auf einen Artikel des ND-Dez. 2016)

Wir gratulieren recht herzlich allen Jubilaren,

<u>die im Februar</u> ihren Ehrentag feiern.

Wir wünschen Euch alles Gute, eine schöne Feier im Kreise der Familie, der Freunde und Bekannten. Für die Zukunft wünschen wir viel Gesundheit und Schaffenskraft.

Der Kreisverband DIE LINKE. im Burgenlandkreis und die Redaktion des S-U-E-Kurier

<u>Zur Beachtung!</u> Die Entnahme, weitere Verwendung bzw. Nutzung von Artikeln aus dieser Mitgliederzeitung bedürfen der vorherigen ausdrücklichen Genehmigung der Redaktion, des Autors oder der Kreisvorsitzenden.